



ROGER DE WECK: DIE KLIMAKRISE IST NICHTS ANDERES ALS EINE PANDEMIE IN ZEITLUPE

Ich bin ein Optimist, vielleicht sogar ein Kulturoptimist. Ich glaube, dass Krisen ein Umdenken bewirken können. Die Corona-Krise hat zwar noch nicht wirklich viel verändert, aber die Denkwelten vieler Menschen sind in Bewegung geraten. Deshalb ziehe ich eine zuversichtliche Zwischenbilanz. Jetzt müssen wir aber die Demokratie konsequent vertreten und an deren Modernisierung arbeiten.

ZUR PERSON:

Roger de Weck ist Gastprofessor am College of Europe in Brügge. Er war SRG-Generaldirektor, Präsident des Stiftungsrats des Graduate Institute of International and Development Studies in Genf, Chefredaktor von «Die Zeit» und des «Tagess-Anzeigers». Der zweisprachige Freiburger wuchs in Genf und Zürich auf, er studierte Volkswirtschaft in St. Gallen. Er ist Stiftungsrat des Internationalen Karlspreises Aachen, Wissenschaftlicher Beirat von «Critique Internationale»

(SciencesPo Paris), Vorstandsmitglied von SOS Méditerranée (Seenotrettungsschiff «Ocean Viking») und Ehrendoktor der Universitäten Luzern und Freiburg.

Sein jüngstes Buch ist «Die Kraft der Demokratie – Eine Antwort auf die autoritären Reaktionen» (Suhrkamp): eine Streitschrift wider den Populismus, vor allem ein Plädoyer für Modernisierungen der Demokratie – und dazu zwölf konkrete Vorschläge.

Mit der Unterstützung von

Ihr druckfrisches neues Buch trägt den Namen «Die Kraft der Demokratie»...

...und diese wird oft unterschätzt.

Dazu meine erste Frage. Aber weniger, ob sie unterschätzt oder überschätzt wird, sondern ob und wie die Demokratie ihre Kraft in der Pandemie hat ausspielen können?

Donald Trump ist abgewählt und die Rechtspopulisten in ganz Europa sind in der Defensive, weil sie das nicht bieten, was jede Demokratie letztlich erfordert, nämlich Lösungen.

Ist das die Kraft die Demokratie? Quasi die Schwäche jener, welche die Demokratie in Geiselnahme nehmen wollten?

Es sind nicht nur Populisten, die demagogisch vorgehen, sondern es sind auch reaktionäre Anti-Aufklärer, die uns auf in eine Zeit vor der Demokratie zurückbringen möchten. Diese waren in den letzten Jahrzehnten sehr offensiv und sie haben in der Tat manche Demokratinnen und Demokraten verunsichert. Und das bis zu einem Punkt, dass Linke, Sozialliberale, Liberale und erst recht Konservative einen Teil der Agenda und des Wortschatzes der Reaktionäre übernommen haben. Jetzt aber besteht die Chance, einen erneuten Richtungswechsel zu schaffen.

Die Reaktionäre haben in der Krise versagt, weil sie in der Corona-Krise das taten, was sie immer tun, nämlich Krisen negieren. Nicht nur die Pandemie, auch die Klimakrise. Und weil sie schlicht und einfach darauf aus sind, Schwierigkeiten zu bewirtschaften und nicht Schwierigkeiten zu überwinden. Aber werden die Zeiten härter, erwarten

die Bürgerinnen und Bürger Lösungen. Das hat den Rechtspopulisten viel an Glaubwürdigkeit gekostet.

Können wir also die Populismus-Gefahr abblasen?

Sie ist längst nicht gebannt. Diese Kräfte, die davon lebten, immer Erfolg zu haben, werden umso aggressiver, wenn sie plötzlich sich festfahren oder sogar zurückkriechen müssen. Sie werden noch viel Schaden anrichten. Aber möglicherweise ist der Zenit überwunden.

In Frankreich hat Marine Le Pen nun wirklich viel Kapital verspielt. In Deutschland ist die AfD in der Defensive und in enormen Massen zerstritten. In Italien hat der eingefleischte Anti-Europäer Matteo Salvini dem eingefleischten Europäer Mario Draghi zum Amt des Ministerpräsidenten verholpen. Und sowohl in Ungarn als auch in Polen spüren die populistisch-autoritären Demokraten sowohl den Innendruck einer Opposition, die zum Glück endlich stärker wird, aber auch Aussen- druck einer Europäischen Union, die sich zwar viel Zeit nimmt, sich aber letztlich doch nicht alles bieten lässt.

In Ihrem Buch zitieren Sie Karl Kraus, der von der echten Avantgarde spricht und diese mit dem Rückschritt zur Vernunft beschreibt. Inwiefern kann Vernunft ein Rückschritt sein?

Karl Kraus formulierte das ironisch. Der Rückschritt zur Vernunft, das ist «le retour à la raison», also nicht der Rückschritt, sondern die Wiederentdeckung der Vernunft. So hat er es wunderbar überspitzt. Die Demokratie ist ein Kind der

Aufklärung und hat das Ziel, die Macht zu teilen. Niemand soll die ganze Macht haben. Deshalb die Gewaltenteilung. Deshalb auch die Meinungs- und Medienfreiheit, damit Missstände auch thematisiert werden können. Reaktionäre mögen diese vernünftige Machtteilung nicht. Sie verachten das Parlament. Auch in der Schweiz: so gibt es derzeit Bestrebungen für eine Volksinitiative, die es möglich machen soll, Gesetzestexte am Parlament vorbei zu verabschieden.

Reaktionäre sind anti-parlamentarisch. Und sie wollen die Justiz an die Kandare nehmen und die Medienfreiheit beschränken. In einer krassen Art und Weise erfolgt dies in der Türkei oder in Russland, Ungarn oder Polen. Aber Ansätze dazu gibt es überall. Auch in Westeuropa. Auch in der Schweiz. Rechtsbürgerliche Kräfte möchten auch hierzulande den investigativen Journalismus begrenzen. Ganz abgesehen von dem, was wir in den USA erfahren haben, wo Trump das Parlament beschimpfte, die Justiz zu instrumentalisieren versuchte und kritische Medien als Fake News abtat, obwohl sie zu den Weltbesten gehören.

Dieser Anti-Parlamentarismus befürwortet oft die direktdemokratischen Volksrechte. Aber in der Praxis funktionieren diese am besten als Teil einer repräsentativen Demokratie mit einem starken Parlament. Wie kann es denn sein, dass antiparlamentarische Kräfte gleichzeitig die direkte Demokratie befürworten?

Die Reaktionäre wollen im Grunde genommen nicht direkte Demokratie, sondern plebiszitäre Demokratie. Und es ist ein fast allgemeines

Missverständnis in Europa, dass Plebiszite Teil der direkten Demokratie sein sollten.

Wenn David Cameron eine Abstimmung zum Brexit macht, weil ihm das taktisch passt, dann hat das mit direkter Demokratie nichts zu tun. Wenn der Präsident de la République alle 15 Jahre aus irgendeinem Beweggrund heraus meistens taktischer Natur ein Referendum ansetzt, dann hat das mit direkter Demokratie nichts zu tun. Und wenn in Berlin im Bundestag die AfD vorgibt, das Schweizer Modell in Führungszeichen zu übernehmen und unter diesem Namen das Parlament aushebeln möchte, dann hat das mit direkter Demokratie nichts zu tun. Wird das Parlament ausgeschaltet, wird ein elementarer Mechanismus ausgeschaltet, der dafür sorgt, dass nicht einfach das Gesetz der Mehrheit gilt, sondern dass auch Minderheiten zu ihrem Recht kommen.

Demokratie ist nicht Volksherrschaft. Demokratie ist ein Verfahren, das sowohl das Volk wie auch die Volksvertreter einbindet in rechtsstaatliche Verfahren.

Funktioniert das in der Schweiz?

Jede Staatsform hat die Vorteile ihrer Nachteile und die Nachteile ihrer Vorteile. Dank der direkten Demokratie ist beispielsweise die Ökologie in der Schweiz viel früher als in Frankreich oder Deutschland auf die politische Agenda gekommen. Dank Volksinitiativen, die dieses Thema schlicht und einfach auf die Agenda setzten. Aber ebenso sehr ist dank der direkten Demokratie auch die Fremdenfeindlichkeit früher als in ande-

ren Ländern auf die politische Agenda gekommen. Schon im Jahre 1968 wurde eine Initiative lanciert, die auf einen Schlag bis zu 450'000 Italienerinnen und Italiener ausweisen wollte. Ich finde es gut, dass Themen frühzeitig gesetzt werden und dann ist es in der Verantwortung der politischen Parteien, mit diesen Themen vernünftig umzugehen.

Aber in den letzten Jahrzehnten, die geprägt waren vom Marktradikalismus, haben die früher staatstragenden Parteien dem Staat wenig Sorge getragen. Wer sagt «Mehr Freiheit, weniger Staat», der sagt gleichzeitig auch, dass der Staat unsere Freiheit gängelt, obwohl er sie doch vor allem einmal sichern soll.

Die grosse Gefahr der Schweizer Demokratie ist im Grunde die ewige Gefahr, dass das Bürgertum in schwierigen Zeiten nicht nur konservativ oder erzkonservativ, sondern reaktionär wird. Und ein beträchtlicher Teil der früher konservativen Parteien sind entweder reaktionär oder libertär geworden. Das hat das Staatswesen massiv beschädigt. Aber die direkte Demokratie, der Druck der Bürgerinnen und Bürger hat Gegenkräfte geweckt. Christoph Blocher ist aus dem Bundesrat abgewählt worden. Ein seltenes Ereignis in der Schweizer Geschichte. Und möglicherweise hat die Schweizerische Volkspartei ihren Zenit auch überschritten.

Diese demokratischen Gegenbewegungen sind vielerorts zu spüren. Etwa im nahen Baden-Württemberg, wo der grüne Winfried Kretschmann mit grossem Erfolg regiert. Sie zitieren ihn als Konservativen, der sagt: «Heute heisst erhalten,

was uns erhält». Ist das der Ausdruck einer nach vorne gerichteten bürgerlichen Entwicklung?

Ich bin ein Optimist, vielleicht sogar ein Kultur-optimist. Ich glaube, dass Krisen ein Umdenken bewirken können. Die Corona-Krise hat zwar noch nicht wirklich viel verändert, aber die Denkwelten vieler Menschen sind in Bewegung geraten. Deshalb ziehe ich eine positive Zwischenbilanz.

Die Klimafrage ist im Westen noch bewusster als vor der Pandemie, so wie viele erkannt haben, dass die Klimakrise nichts anderes ist als eine Pandemie in Zeitlupe. Und dazu haben die Klima-Streiks der Generation Greta viel beigetragen. Ich sehe darin eine Belebung der Demokratie ohnegleichen.

Zum zweiten ist die Frage der Ungleichheit heute nicht mehr eine bloss linke Frage, sondern wird auch in bürgerlichen Kreisen wahrgenommen. Dass die hundert reichsten Menschen auf diesem Planeten gleich viel besitzen wie die Hälfte der Erdbevölkerung, ist schlicht absurd.

Selbst liberale Denkfabriken wie Avenir Suisse oder unsere Banken veranstalten jetzt Seminare über die Ungleichheit. Auch aus Eigenzweck: denn es kostet Geldinstitute Unsummen, wenn die Superreichen ihr Vermögen über die eigenen Family Offices verwalten und nicht in den Banken. Und auch der Internationale Währungsfonds warnt vor dem Teufelskreis der Ungleichheit. Dazu kommt, dass in Krisenzeiten die Minderheit der Männer die gesellschaftliche Schlüsselrolle der Mehrheit der Frauen erkennt. Und die Gleichstellung macht Fortschritte. Zu langsam, zu wenig. Aber die

Reaktionäre kämpfen vergeblich dagegen und eine ihrer Ausflüchte ist der Kampf gegen die politische Korrektheit. Aber das ist Ablenkung.

Und zum Vierten, mitten aus der Pandemie heraus ist eine mächtige antirassistische Bewegung entstanden, die auch eine soziale Bewegung ist. Zunächst in Amerika, dann in Europa. Heute ist es verdammt viel schwieriger geworden als früher, ein Rassist zu sein. Auf alle Fälle in der westlichen Welt. Ich muss meinen Optimismus aber gleich auch etwas relativieren, weil in Wirklichkeit natürlich noch sehr viel zu tun ist. Aber sagen wir mal, dass ich illusionslos, aber hoffnungsfroh bin.

Also diese Türen, die da aufgestossen sind, sind dies aus Ihrer Sicht Türen, die sich wegen der Krise öffneten? Oder sehen Sie auch bewusste proaktive Ideen und neue Reformbewegungen, die jetzt entstehen?

Es gibt die Ebene der Debatte, die Idee der argumentativen Auseinandersetzung und hier jaulen die Konservativen und die Reaktionäre mithilfe eines überwiegenden Teils des Medienbetriebs. Zum Glück gibt es die öffentlichen Medien und zum Glück gibt es noch sozialliberale und ökosoziale Medien.

Gleichzeitig werden Träger fortschrittlicher Gedanken der Ökologie, der Gleichheit, der Gleichstellung der Geschlechter und des Antirassismus als Gutmenschen diskreditiert. Hier gilt deshalb schlicht und einfach die Losung, sich nicht verunsichern zu lassen. Das aber geschieht bei einem Teil der Liberalen und Linken. Sie lassen sich so weit verunsichern, dass sie einen Teil der

Diktion der konservativen Kritiker übernommen haben. Bei den Grünen stelle ich diese Verunsicherung weniger fest.

Und dann gibt es die Ebene der Realitäten und hier müssen Fortschrittsoptimisten ganz bewusst die ökologische Frage und die soziale Frage verknüpfen. Eine griffige Umweltpolitik erfordert eine griffige Sozialpolitik, das heisst Umverteilung von oben nach unten, wo wir über die vergangenen Jahrzehnte faktisch eine Umverteilung von unten nach oben hatten. Und wenn man das unterlässt, dann trifft die Umweltpolitik die kleinen Leute am härtesten. Und sie müssen wieder einmal die Kosten tragen, so wie sie im Wirtschaftsliberalismus die Kosten tragen mussten.

Und dann werden sie der Demokratie entfremdet und den demokratischen Parteien entfremdet. Und sie flüchten sich in die Arme von Autoritären, welche beteuern, sie seien die eigentlichen Vertreter der kleinen Frau / des kleinen Mannes.

Einer der jetzt mutig hinsteht, oft mutiger als beispielsweise die Linke in Europa, ist ein Mann der Mitte, nämlich Joe Biden. Er nimmt die Reichen in die Pflicht und setzt auf ökologische Programme, die noch viel mutiger sind als diejenigen, die wir in der Europäischen Union haben. Er setzt sich auf dem Gebiet des Antirassismus, auf dem Gebiet der Gleichheit und auf dem Gebiet der Ökologie gar nicht so schlecht durch.

Aus Ihrer Sicht ist dieser alte Mann im Weissen Haus, der schon 50 Jahre Politik gemacht hat, also eine Verkörperung der Rückkehr zur Vernunft?

Für mich verkörpert er eine Hoffnung und seine Umweltpolitik ist beispielsweise mutiger als die der deutschen Grünen. Ehrgeizig ist Biden erst recht auf dem Hintergrund des immensen fossilen Verbrauchs der Vereinigten Staaten von Amerika. Etwas ist den bürgerlichen Parteien abhanden gekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es weitgehend bürgerliche Kräfte, die konzeptuell dachten. Liberalkonservative Christdemokraten, die die zwei grossen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg zogen: Rücksicht auf die Nachbarn und europäische Einigung. Rücksicht auf die Schwächeren und soziale Marktwirtschaft. Es war nicht die Linke. Es waren konservative, liberale, konservative Kräfte, die hier konzeptuell die Politik der Nachkriegszeit geprägt haben.

Bürgerliche Kräfte heute glauben, sie müssten gar nicht mehr konzeptuell nachdenken, geschweige denn Konzepte entwickeln. Das sei dann etatistisch. Und die Linke ist leider in dieser Hinsicht auch denkfaul. Ich finde, dass es hier noch viel zu tun gibt. Mein Buch sehe ich als kleinen Baustein.

Was genau ist zu tun?

Wir müssen an den Konzepten wenigstens die Diskussion lancieren. Nämlich die Demokratie vertreten und die Modernisierung fordern. Das ist eine Debatte, der sich Linke und Konservative über Jahrzehnte regelrecht verweigert haben. Als ob wir an das Ende der Geschichte der Demokratie gekommen seien und es nichts mehr zu modernisieren gäbe. Wenn man aber mit den demokratischen Institutionen stehenbleibt statt sie zu erneuern, dann hat man ein Wahlsystem aus dem Jahr 1897. Wie in den USA. Und dieses Wahlsys-

tem hat es Donald Trump wesentlich erleichtert, seine grosse Lüge vom gestohlenen Sieg in den Köpfen mancher Menschen einzupflanzen.

Im alltäglichen politischen Diskurs wird viel von Missständen gesprochen, von der Dringlichkeit von Massnahmen. Es ist die Rede von fünf vor zwölf. Wird da die geduldige Arbeit für die Demokratie nicht leicht als sekundär betrachtet? Gerade der Klimajugend wird ja oft vorgeworfen, mit ihrem Druck von der Strasse und der Notstandsrhetorik einer weniger demokratischen Zukunft das Wort zu reden.

Es ist gut und höchst erwünscht, dass die Klimajugend Druck ausübt. Es ist nicht verwunderlich, dass der Fortschritt zu langsam ist. Eine meiner Überzeugungen ist, dass die Schnelligkeit grundlegender Entscheidungen nicht vom politischen System abhängt. Denn das ausgerechnet angeblich so langsame demokratische System ermöglicht den Fortschritte viel schneller und besser als Diktaturen.

Wer eine Ökodiktatur will, der wird viel Diktatur und wenig Öko ernten. Diktatoren wollen nämlich nur etwas: ihre Macht erhalten. Punkt. Hier geht es jetzt um ein Umdenken. Die Welt neu denken, «Unsere Welt neu denken» heisst der Bestseller von Maja Göpel, die mit dem Theodor-Heuss-Preis in diesem Jahr ausgezeichnet wird. In einer Welt mit 8 Milliarden Menschen sind viele herkömmliche Denkmuster überholt. Aber der Mensch denkt langsam und noch langsamer denkt er um. Aber wenn das Umdenken von oben herab verfügt wird, funktioniert es nicht. Die ökologische Lage ist in der totalitären Volksrepublik China noch

viel schlimmer als bei uns. Kurzfristig hat zwar die kommunistische Nomenklatura in der luftverschmutzten Hauptstadt Peking kurzfristig ein Umsteuern durchgesetzt. Aber das bedeutet noch lange nicht ein ökologisches Umsteuern eines ganzen Landes. Zu diesem Zweck bedarf es des Umdenkens und der Mensch wird immer diejenigen, die für den Fortschritt eintreten, enttäuschen, weil er von Natur aus eher konservativ ist. Denke nur an ein Kleinkind, das mit seinen Eltern von einer Stadt zur nächsten umziehen will. Es wehrt sich dagegen. Es möchte alles so haben wie es ist. Das gilt auch für uns Erwachsene. Auch diejenigen, die sich dem Fortschritt widmen, haben ihre zutiefst konservativen Reflexe.

In Ihrem Buch machen Sie zwölf konkrete Vorschläge für die weitere Arbeit an der Demokratie. Sie orientieren sich stark an der Bedeutung des Ökologischen. Aber es gibt auch direkt demokratiopolitische Anstösse wie die Stärkung des Stimmrechts für Jugendliche. Sehen Sie Ihre Vorschläge als Programm oder eher als Menü?

Demokratie ist anders. Der Kerngedanke der Demokratie ist, dass drei Institutionen in einen Wettbewerb gesetzt werden und sich ständig austarieren müssen, nämlich Parlament, Regierung und Justiz. Und dass drei Grundwerte in einen Wettbewerb gesetzt werden. Jene Grundwerte, die wir von der Französischen Revolution ererbt haben: Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit... eigentlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Letzteres ist auch als Schwesterlichkeit zu verstehen, die ich heute als Nachhaltigkeit interpretiere. Und in jeder Demokratie gibt es zu jeder Zeit ein Kräftemessen zwischen den drei Institutionen.

Und die politische Debatte besteht aus der Auseinandersetzung zwischen denen, die mehr Freiheit, denen die mehr Gleichheit und denen die mehr Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit und Nachhaltigkeit möchten.

Wer institutionelle Reformen vorschlägt, wie ich es in dem Buch mache, kann nicht Patentrezepte für jede Demokratie geben. Und der eine oder andere Vorschlag wird für jene Demokratie tauglich sein, für eine andere Demokratie überhaupt nicht. Die Modernisierung der Demokratie ist eine Sache der Demokratinnen und Demokraten in jedem Land und erst recht derer, die an einer europäischen Demokratie arbeiten.

Und deshalb sind diese Vorschläge eher ein Menü, ein Versuch, die Diskussion wieder zu beleben. So wie Sie und Ihre Mitkämpferinnen und Mitkämpfer in der Demokratiebewegung dies seit Jahrzehnten tun – und damit beispielsweise zur Einführung der Europäischen Bürgerinitiative beigetragen haben. Jeder Vorschlag hat seine Stärken und Schwächen.

Wenn ich einen meiner Vorschläge besonders hervorheben soll, dann derjenige eines Europäischen Gerichtshofs für die Rechte der Natur und einer Europäischen Konvention für die Rechte der Natur, so wie wir eine Europäische Menschenrechtskonvention und in Strassburg den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte haben. Das wäre ein echter europäischer Fortschritt.

Unter Ihren Vorschlägen gibt es auch einen für eine demokratische OECD, eine demokratische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Schwäche der Demokratie über die vergangenen wirtschaftsliberalen, präziser marktradikalen Jahrzehnte war das nicht die Politik. Denn das Primat hatte nicht die demokratische Politik, sondern die undemokratische Wirtschaft. Politiker internalisierten dies. Zum Beispiel Bill Clinton, der sagte: «It's the economy, stupid!»

Dank Corona hat nun auch ein Teil der bürgerlichen Mitte das Primat der Politik über die Wirtschaft wiederentdeckt. Und ich würde mich freuen, wenn man das nicht gleich wieder fahren lässt. Das ist die Voraussetzung für eine gute Umwelt- und Sozialpolitik. In den letzten Jahren erlebten wir jedoch gnadenlosen Steuerwettbewerb. Die Wirtschaft konnte schlicht und einfach die nationalen Demokratien gegeneinander ausspielen, bis die genau das machten, was die Wirtschaft wollte, nämlich Steuern senken, Steuern senken und nochmals Steuern senken. Nun regen sich jedoch Gegenkräfte: die OECD wagt nun einen ersten, wahrscheinlich viel zu zaghaften, aber doch ermutigenden Versuch der Steuerharmonisierung, um den Verheerungen des Marktes entgegenzuwirken. Deshalb halte ich die OECD für die demokratischste internationale Organisation, für die demokratiefreundlichste, nicht aber die demokratischste.

Und welche konkreten Verbesserungen über eine Steuerharmonisierung hinaus könnte die OECD bewirken?

Den ersten Schritt haben die G20 mit ihrer Einigung auf einen Mindeststeueransatz von 15 Prozent gemacht. Doch der Teufel steckt im Detail. Wo gibt es die Ausnahmen? Wo gibt es Rabatte? Aber die 15 Prozent werden nicht reichen. Der zweite grosse Schritt wird die Einführung einer ökologischen Mindeststeuer auf der internationalen Ebene sein. Die ökologische Weltwirtschaft muss gestärkt werden.

Welche Rolle haben hier die Bürgerinnen und Bürger? In der Schweiz spielt die Volksinitiative eine wichtige Rolle. Auf der europäischen Ebene gibt es nun seit 2012 die Möglichkeit, ein Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen. Ein Antragsrecht von 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger an die UNO-Generalversammlung. Wäre es vielleicht besser, wenn sich ein solches Initiativrecht von unten an die OECD richten würde?

Ich finde, der Versuch ist es wert. Wobei es auf der Welt leider unzählige Menschen, wahrscheinlich sogar eine Mehrheit gibt, die noch nie erfahren konnte, was wirklich Demokratie bedeutet und die von Demokratie wenig wissen und die vielleicht für das Einführen einer Demokratie von heute auf morgen noch gar nicht reif sind. Wer über Jahrhunderte als Untertan gehalten worden ist, kann nicht von heute auf morgen Bürgersinn entwickeln. Und das zeigt sich in so vielen Ländern. Und jede nur denkbare Erfahrung einer demokratischen Teilhabe und auch auf globaler Ebene ist hier vielleicht ein kleiner Schritt. Ich glaube nicht, dass

man zu viel davon erwarten kann, aber das ist ein kleiner Schritt. Für mich müssen die ganz grossen Fortschritte in Weltregionen erfolgen. Und ich finde, dass Europa bei allen seinen Schwächen doch schon weit gekommen ist. Gerade auch im Vergleich mit anderen Weltregionen. Im Vergleich sind wir eher besser als andere Kontinente, oder um es nüchterner zu formulieren, weniger schlecht.

Wir erleben in diesen Tagen ein Ende mit Schrecken, was die pro-aktive Demokratieförderung von aussen betrifft: in Afghanistan. Ist das ein Verlust für die Idee der weltweiten Demokratieförderung – oder eine Chance?

Die Demokratie mit militärischen Mitteln einzuführen, das ist eine gefährliche Illusion. Nur einmal ist es gelungen. In Westdeutschland der Nachkriegszeit, in einem Land, das während der Weimarer Republik erste Gehversuche in Sachen Demokratie gemacht hat, aber ein demokratieskeptisches Bürgertum hatte – und deshalb den Nazis die Machtergreifung ermöglichte. Und wer die Demokratie fördern möchte, muss das mit Entwicklungszusammenarbeit, mit Bildung, mit weltweiter Gerechtigkeit versuchen – nicht mit militärischen Mitteln. Denn das Militär ist dafür da, Befehle zu geben. Und genau Befehle wollen und sollen Demokratinnen und Demokraten nicht entgegennehmen.

Die Schweiz kennt als einer von wenigen Staaten einen Verfassungsauftrag zur internationalen Demokratieförderung. Artikel 54. Diese Verfassung wurde 1999 vom Volk angenommen.

Erfüllt die Schweiz als Staat, als Gesellschaft diesen Auftrag?

Es gibt da und dort Bemühungen. Ich finde die zivilgesellschaftlichen Bemühungen sichtbarer als die offiziellen Bemühungen. Auch vonseiten des EDA und der DEZA gibt es durchaus auch wertvolle Initiativen. Aber insgesamt ist die Schweiz nun wirklich nicht ein Land, das sich genug einbringt, damit seine Demokratie ausstrahlen könnte in dem Masse, wie sie es eigentlich verdient.

Bald sehen wir uns am Internationalen Demokratie Forum in Zofingen. Was versprechen Sie sich von diesem Treffen?

Es ist so wertvoll, wenn diejenigen, die sich für mehr Demokratie, für eine erneuerte, kräftigere, selbstbewusstere Demokratie nach Jahren, in denen die Antidemokraten das grosse Wort führten, zusammenkommen, sich bestärken, sich austauschen, ihre Erfahrungen, Expertisen und Einsichten einander mitteilen. Das ist für mich das Allerwichtigste. Wir haben jetzt ein Fenster der Möglichkeiten, weil die Pandemie das Bewusstsein geschärft hat, weil die Reaktionäre in der Defensive sind und weil die Modernisierung der Demokratie seit der Trump-Erfahrung evident ist. Menschen, die das vorher noch leugneten, machen sich jetzt daran, dieses Fenster der Möglichkeiten zu öffnen und die Möglichkeiten zu nutzen. Das wäre doch schön. Ganz abgesehen davon, dass Zofingen ein traditionsreicher Ort ist in der Schweizer Politik.